

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
No. 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Ulmenfeld-Stadt. Allgemeines Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementspreis: 3,00 Mark pro Jahr. Einzelhefte: 10 Pfennig. Anzeigenpreis: Die erste Zeile einer Anzeige 10 Pfennig, die zweite 8 Pfennig, die dritte 6 Pfennig, die vierte 5 Pfennig, die fünfte 4 Pfennig, die sechste 3 Pfennig, die siebte 2 Pfennig, die achte 1 Pfennig, die neunte 1 Pfennig, die zehnte 1 Pfennig. — Für telefonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

No. 267.

Ulmenfeld, Mittwoch den 14. November.

Jahrgang 1923

Die Nachwirkungen des Putsches.

Der „Köln. Ztg.“ wird aus München geschrieben: Die Lawine des Hitlerputsches, die seit einigen Wochen brohend über unsern Häuptern hing, ist zum Abstrich gelangt. Äußerlich ist die Ruhe wiederhergestellt, innerlich durchaus nicht. So begrüßenswert es mit Rücksicht auf unsere auswärtige Politik sein mag, daß ein Unternehmen scheiterte, dessen Gelingen unsere Lage noch weiterhin erschwert haben würde, so sind doch die innerpolitischen Folgen in höchstem Grade beklagenswert. Zwischen zwei nationalen Richtungen, die, wenn auch auf grundverschiedenen Wegen, das gleiche Ziel erstreben, ist eine tiefe Kluft aufgerissen worden, die sich, allein schon weil in ihr die Bezeichnung von 18 kräftigen Menschen ruhen, nicht so leicht wieder schließen wird. Das hätte, so urteilen gerade solche, welche keiner der beiden Richtungen angehörend, ein objektiveres Urteil zu haben glauben, vermieden können und vermieden werden müssen. Daß es aber nicht und warum es nicht vermieden wurde, ist eine Frage, die wenigstens in der in der innerbayerischen Politik und mittelbar auch in der Deutschlands noch eine gewisse Rolle spielen dürfte. Es kommen da neben der großen Politik auch noch allerlei Gesichtspunkte in Betracht, die von uns Deutschen bei der politischen Behandlung des Weltkriegs leider allzuwenig berücksichtigt worden sind.

Wie konnte, so muß man sich in erster Linie fragen, von Männern wie Ludendorff und Hitler ein Unternehmen gewagt werden, von dem sich seit Wochen jeder Einsichtige sagen mußte, daß es mit Notwendigkeit zum Scheitern verurteilt sei? Hitler hat gewiß in den Städten einen großen und auf seine begeisterten Anhänger, aber da ihm unter dem mächtigen Einfluß der bayerischen Volkspartei die große Masse der ländlichen Bevölkerung, wenn nicht ablehnend, so doch gleichgültig gegenübersteht, so hätte er sich für einige Dauer selbst dann nicht halten können, wenn, wie er erwartete und wie er nach dem ersten Erfolg seines Bürgerbräu-Kelch-Abenteuers und nach seinem heroischen Händeschütteln mit Rahe und mit Dossow auch vielleicht erwarten dürfte, die Münchner Polizei und Reichswehr mit ihm gegangen wären. Wenn ein zweifellos reich begabter und wohl auch nicht unkluger Mann wie Hitler derartiges nicht beabsichtigte, so ist das bloß dadurch erklärlich, daß er von den weniger vorurteiligen Elementen in seiner Umgebung gedrängt wurde, endlich einmal die etwas überreichlich von ihm ausgetriebenen Versprechungswechsel einzulösen. Mussolinis Vorbild mag da, so wenig es bei der großen Verschiedenheit zwischen deutscher und italienischer Art angebracht ist, eine verhängnisvolle Rolle gespielt haben. Um sich die noch auffälligeren psychologischen Einstellungen Ludendorffs verständlich zu machen, darf man sich der Tatsache nicht verschließen, daß so ziemlich alle, die den großen Feldherrn persönlich kennen lernten, in dem Urteil übereinstimmen, daß der Held von Völkisch und Tannenberg zwar ein gewaltiger Stratege, aber nicht gerade ein Politiker sei.

Es mag zunächst befremdend erscheinen, wenn angeführt wird, daß er in die Erscheinung getretenen Niederwerfung des bayerischen Nationalsozialismus die Frage aufgeworfen wurde, wer denn eigentlich der Sieger ist. Ist es das triumvirale Rahe-Dossow-Geißler, innerhalb dessen als politische Persönlichkeit bloß der Generalstaatskommissar in Betracht kommt? Allein schon die Tatsache, daß allabendlich große Menschenmassen, namentlich Arbeiter, unter dem Ruf „Nieder mit Rahe!“ die Straßen durchziehen, könnte daran zweifeln lassen. Aus dem eigenen Mund des Generalstaatskommissars konnte man vor wenigen Tagen vernehmen, er sei sich bewußt, seine frühere Volkstümlichkeit jetzt verloren zu haben. Er hätte hinzufügen können, daß er sie auch wahrscheinlich niemals wieder gewinnen wird. In der Volkspolizei werden, so unendlich viel man auch vom politischen Standpunkt aus nicht bloß zur Entschärfung und Erklärung, sondern zur vollen Rechtfertigung anführen mag, die im Bürgerbräu-Keller ausgetauschten Händedrucke und Reden, denen dann mit 18 Todesopfern das Maschinengewehrgetöse folgte, noch lange eine schwerwiegende Rolle spielen. Zwar hat die in Bayern maßgebende Bayerische Volkspartei zwar rückhaltlos der von Herrn v. Rahe befolgten Politik zugestimmt: sie tat dies lieber mit um so größerer innerer Genugtuung, da mit dem Nationalsozialismus der

einzig noch halbwegs getragene geltende Wettbewerber um die Nachfolge hindweggeräumt sein würde. Hat sich doch auch bei den dem Reichszentrum nahestehenden Kreisen der Bayerischen Volkspartei allmählich ein wüthender Haß gegen den ihnen anfangs ganz sympathischen Hitler herangebildet. Nun kennt aber jeder in Bayern, der sich mit Politik beschäftigt, einen Satz, der von hinter der Bühne die Drähte handhabenden Leitern der Bayerischen Volkspartei einmüde wirklich gesprochen oder, was wahrscheinlicher ist, ihnen bloß in den Mund gelegt wurde. Er lautet: „Ein Regenschirm ist ein sehr nützliches Instrument. Beginnt es zu regnen, so spannt man ihn auf, denstigt man ihn nicht mehr, so stellt man ihn in die Ecke“. Ob die sehr kluge Partei gewillt sein würde, sich auf die Dauer mit einer Unpopularität zu belassen, die sie abschütteln könnte, also mit der ewigen Unpopularität eines Mannes, der ihr zweifellos große Dienste geleistet hat, mag fraglich dahingestellt bleiben. Im geeigneten Augenblick kam ja, wie wir das schon mehrfach erlebt haben, ein gewisser als Parze fungierender Geheimrat erschemen, der es vortrefflich versteht, wenn nicht den Lebens- so doch den Amtschaden abzuscheiden. Herr v. Rahe hat, als er in einer Infanterielajerne die Vertreter der Presse empfing, eine in seinen sonstigen Gedankengang nicht recht hineinpassende Bemerkung gemacht. Er sagte, was wahrscheinlich zutreffend ist, daß die Hitler-Ludendorff-Bewegung, auch wenn ihr freies Spiel gelassen worden wäre, doch binnen weiniger Tage hätte zusammenbrechen müssen. War dem aber so, dann liegt die Frage doch nahe, ob das Maschinengewehrgetöse wirklich unvermeidlich war. Die Frage liegt um so näher, da man sich noch wenige Stunden vorher mit einem derartig hochverdienten Mann wie Ludendorff in ansehnend voller Uebereinstimmung die Hände geschüttelt hatte. Daß Ludendorffs Einstellung zwar den ebelfsten Absichten entsprach, aber durchaus irrig, und fast kann man sagen trübsalig, war, ist für die Beantwortung gerade dieser Frage vollkommen belanglos.

Ist durch die zeitweilige oder dauernde Niederwerfung des Nationalsozialismus die Stellung der bayerischen Regierung verstärkt worden, deren jetziger Führer einmal der stolzen Hoffnung zulobte, mit seiner vermeintlichen Ordnungsmacht ganz Deutschland erneuern zu können? Jeder Kenner bayerischer Verhältnisse wird das entschieden verneinen. Bisher standen immer hinter der Regierung als Schutzwall gegen die rote Flut, die einen mächtig starken materiellen und einen sehr starken moralischen Halt gewährenden vaterländischen Verbände mit den Hitlerleuten. Kam es zum Aufrufen, das wußte jedermann, so würden Reichswehr, Polizei und Nationale, selbst Schutzverbände, gemeinsame Sache machen. Damit ist es jetzt insofern zu Ende, als in den Schutzwall, wenn auch nicht ganz, so doch an den wichtigsten Stellen eine Bresche gelegt wurde. Erbitterung ist vielfach an die Stelle des Gemeinschaftsgefühls getreten, und das Sicherheitsgefühl, in das der bayerische Bürger sich einzulassen liebte, wenn er von dem roten Terror in Sachsen und Thüringen verschont, hat einen bedenklichen Stoß erlitten.

Ludendorff.

München, 13. Nov. General Ludendorff hat den „Münchener Neuesten Nachrichten“ eine Zuschrift gesandt, worin er mitteilt, daß er auf eine weitere Teilnahme an der völkischen Bewegung nicht verzichte. Er halte die völkische Bewegung als allein fähig, eine wirkliche Gesundung Deutschlands herbeizuführen. Die von ihm eingelegene ehrenwörtliche Verpflichtung bestehe sich auf seinen Aufenthalt in München und auf die Einhaltung einer staatsfeindlichen Haltung gegen die verfassungsmäßige Regierung. Er habe die Verpflichtung während der Untersuchung abgegeben und werde sie halten.

München, 13. Nov. Wie aus einer Erklärung des Generals Ludendorff hervorgeht, hat sich dieser entschlossen, sich in Untersuchungshaft zu begeben, da er in der Weigerung des Staatsanwalts, an dem Begräbnis der an seiner Seite gefallenen Männer teilnehmen zu dürfen, einen Bruch der ihm gegebenen Zusicherungen erblickt. Im Legendenbildungen zu vermeiden, vor allem außerhalb Bayerns und im Norden des Deutschen Reichs, wo manchmal behauptet wurde, Ludendorff habe sich bei dem Zusammenstoß als Feigling benommen, habe sich während des Feuers hingeworfen und die Hände hochgehoben, gebietet die gerechte und objektive Berichterstattung, zu erklären, daß diese Nachrichten tendenziös sind. Ludendorff hat, als das Feuer

eröffnet wurde, die Spitze des Zuges nicht verlassen. Er ist durch das Feuer hindurchgegangen zu dem Hauptmann, der die feuernde Linie zu befehlen hatte. Die Schüsse haben erst aufgehört, als General Ludendorff durch die Schußlinie hindurch war.

München, 13. Nov. Von Montag ab ist die Volkshunde auf 4/10 Uhr festgesetzt worden. Die Theater und Platzspiele werden nach der Befehung der Opfer am Dienstag wieder ihre Pforten öffnen. Die Studentenschaft in München hat sich den Vorstellungen des Lehrkörpers unzugänglich gezeigt und alle Mahnungen und Warnungen in den Wind geschlagen, so daß die Vorlesungen an der Münchener Universität bis auf weiteres eingestellt sind.

Am Montag wurden die Opfer des blutigen Zusammenstoßes, soweit die Landespolizei in Betracht kommt, in aller Stille unter militärischen Ehren beigesetzt. Der Friedhof war streng abgesperrt, damit nicht Neugierige und Ständlerende die Todesfeier irgendwie stören. Es wurden Kränze niedergelegt, namens der Reichswehr und Landespolizei wurden entsprechende Gedentreden gehalten. Unter den toten Zivilisten befindet sich auch ein Kurt Reubauer. Es war der Diener bei General Ludendorff, der seinem Herrn getreu gefolgt ist.

Kahrs Regiment befristet.

München, 13. Nov. Amtlich wird u. a. erklärt: Der Putschversuch vom 8. November hätte, wenn es nicht gelungen wäre, ihn niederzuschlagen, Volk und Staat, Reich und Bayern ins Unglück gestürzt. Die Staatsregierung beklagt die Opfer dieser Wahnsinnstat. Die besonderen Verhältnisse in Bayern erfordern, daß der bayerische Ausnahmezustand unverändert fortbesteht und die gesamte vollziehende Gewalt in einer Hand zusammengefaßt bleibt. Die Staatsregierung fordert die gesamte Bevölkerung auf, in der Verwirklichung dieser Tage das Staatswohl über alles zu stellen, und die Staatsregierung mit dem Generalstaatskommissar in der Festigung der Staatsordnung und der Errettung des nationalen Gedankens zum Besten unseres deutschen und bayerischen Vaterlandes zu unterstützen.

München, 13. Nov. Bei der Besprechung mit den Vertretern der vaterländischen Kampfverbände betonten diese die unbedingte Notwendigkeit, daß Herr von Rahe die volle durch keinerlei Bindungen gebremste vollziehende Staatsgewalt übernehmen müsse. Ferner wurde von den vaterländischen Kampfverbänden die Amnestie für alle Vergehen gegen den Staat verlangt, die anlässlich des Putsches begangen wurden. (Kahrs Stellung ist demnach befristet. D. Red.)

Obwohl die bayerische Regierung die Aburteilung der Münchener Putschisten vom 8. November vor dem Sondergericht in München in die Wege geleitet hat, ist vom Reichskabinett der Antrag an den Oberreichsanwalt auf Eröffnung des Hochverratsverfahrens vor dem Reichsgericht in Leipzig gestellt worden. Der Antrag des Reiches gründet sich auf die Erklärung der Hitler-Leute von der Abjurgung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung.

Neues vom Tage.

Einberufung des Reichstages.

Berlin, 13. Nov. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages ausgearbeitet. Präsident Loebe dürfte in diesem Falle ohne nochmalige Befragung des Reichsrats eine Plenarsitzung des Reichstages für Ende dieser Woche anberaumen. Nach der Verfassung muß er dies tun, wenn ein Drittel der Mitglieder des Reichstages, die Einberufung verlangt.

Die thüringische Regierung.

Weimar, 13. Nov. Unter dem Zwang der Verhältnisse ist nunmehr der Austritt der kommunistischen Minister aus der thüringischen Staatsregierung erfolgt. In einer Mitteilung erklären die drei thüringischen kommunistischen Minister, Lenner Reubauer und Korsch, daß sie ihre Ämter niederlegen und aus der Regierung ausscheiden.

Ein neuer Reparationsplan Poincarés?

Paris, 13. Nov. Man erzählt, daß Poincaré einen neuen Reparationsplan ausgearbeitet hat und den französischen Delegierten bei der Reparationskommission beauftragt, den Antrag auf Einberufung eines Sachverständigenausschusses zu stellen. Diesem Ausschuss wird die Aufgabe zuteil, die deutschen Reparationen im Ausland in umfassender Weise zu ermitteln. Weiterhin soll das Komitee feststellen, auf welche Weise und in welchem Umfang die Einnahmequellen des Reiches bereits jetzt zur Finanzierung der Reparationen herangezogen werden können. Sämtlich hat



Das Komitee hat zu veröffentlichen, auf welche Weise Deutschland Maßnahmen zur Besserung seiner Finanzen zu ergreifen haben wird. Hingugefügt wird, daß die Arbeit der Sachverständigen einen vorzüglich praktischen Wert besitzt und sich nur auf unmittelbare Realitäten beziehen soll. Zusammenfassend soll sich der Ausschuss aus allen beigeordneten Delegierten der in der Reparationskommission vertretenen Mächte, die zudem bereits im Garantiefomitee vertreten sind. Es bliebe den Delegierten freigestellt, sich einen Finanzsachverständigen zur Seite zu stellen. Weiterhin könnte der einmal gebildete Ausschuss die deutschen Vorschläge, deutsche oder neutrale Vorschläge, Gutachten usw. zur Kenntnis nehmen und sich auch gegebenenfalls nach Berlin verfügen. Nach Ansicht der französischen Regierung könne die Bequemlichkeit der Ruhrbesetzung nicht in Frage gestellt werden, ebensowenig die wirtschaftlichen Resultate, die im besetzten Gebiet erzielt wurden. Höchstwahrscheinlich werde die Reparationskommission sofort die Vernehmung der Vertreter des Reiches beschließen. Diese Vernehmung dürfte in Paris vor sich gehen. Wenn die Kommission gleichfalls einen Sachverständigenausschuss ernenne, um die Zahlungsfähigkeit Deutschlands abzuschätzen, so dürfte sie auch diesem Ausschuss die Vorschläge, die die deutschen Beauftragten im Laufe ihrer Vernehmung unterbreiten werden, zur Behandlung übergeben.

Der Sonderbündlerausflug in der Pfalz.

Speyer, 13. Nov. Die provisorische Regierung der Pfalz hat eine Proklamation erlassen, in der mitgeteilt wird, daß in Kaiserlautern und zahlreichen Landgemeinden die Pfalzrepublik im Verband mit der rheinischen Republik ausgerufen worden sei. Die neue Regierung habe in den Regierungsgebäuden zu Speyer und Kaiserlautern ihren Sitz. Die Einsetzung der neuen Regierung und ihrer öffentlichen Gewalt in den Industriestädten Frankenthal, Kusel, Ludwigshafen und Zweibrücken soll erst nach einigen Tagen vollzogen werden.

Die Besetzung der Regierungsgebäude in Speyer (72 Gendarmen und Beamte) wurde von den Franzosen entwaflnet und in die Kaserne gebracht. Die Separatisten hatten bei dem Angriff zwei Tote, die Gendarmen einen Verwundeten. Der Bischof von Speyer hat sich bei den Franzosen dafür eingesetzt, daß den Separatisten Einhalt geboten werde; er hatte jedoch keinen Erfolg.

Die Heimreise des Kronprinzen.

Berlin, 12. Nov. Der frühere deutsche Kronprinz, der am Samstag nachmittag gegen 4 Uhr die deutsch-holländische Grenze überschritt, ist nach am Nachmittag weiter gefahren und hat bei einem befreundeten Aristokraten auf einem westfälischen Gut die Nacht verbracht. Am Sonntag früh ist er in Begleitung des Majors von Mühlner, eines holländischen Dieners und eines Beamten der Berliner politischen Polizei weitergereist und hat sich mit seinem ihm entgegengekommenen Bruder, dem Prinzen Oskar, auf dem Gut des Schwagers des Prinzen Oskar, des Grafen Wassewitz, in der Altmark getroffen. Dort fand die Taufe eines Sohnes statt. Der Kronprinz hat sich am Nachmittag noch auf einem anderen Gut mit seinen drei ältesten Söhnen getroffen, die gegenwärtig in Potsdam das Gymnasium besuchen. Die Kronprinzessin, die mit ihren drei jüngsten Kindern schon seit drei Jahren im Schlosse zu Delfs Wohnung genommen hat, hat die Bürgerhaft wissen lassen, daß der Kronprinz nicht von allen Kundgebungen, ganz gleich welcher Art, abzusehen. Es ist des Kronprinzen Wunsch, völlig als Privatmann in Delfs zu leben. Delfs gleicht einer Konferenzstadt ausländischer Journalisten. Mehr als in Duzend amerikanischer und englischer Korrespondenten ist hier amfahrend. Die Heimkehr des Kron-

prinzen scheint in diesen Ländern größere Sensation hervorzurufen.

London, 12. Nov. Eine Reutersmeldung führt zu der Rückkehr des früheren Kronprinzen aus, daß, wenn seine Anwesenheit in Deutschland zu Unruhen Anlaß gebe und die Zahlung der Entschädigungen erschwere oder die Abfallbewegung verstärke, die Lage sich sehr ernst gestalten könnte. Ein Einspruch an Holland, heißt es in der Note weiter, kann nicht ergehen, selbst wenn der frühere Kaiser dem Beispiel seines Sohnes folgte. In diesem Falle würde die Lage allerdings ganz verschieden von der gegenwärtigen sein, und es wäre ein Grund geschaffen, einen Einspruch an Deutschland zu richten.

Paris, 13. Nov. Die Völkerverkonferenz hat sich mit der Angelegenheit des Kronprinzen befaßt. Sie nahm die Note Dr. Stresemanns zur Kenntnis, sowie das Verbot der Reichsregierung über die Wiederaufnahme der Militärdienste in Deutschland. Man vernimmt, daß die Völkerverkonferenz eine Reihe von Vorschlägen ausarbeitete, die den einzelnen Regierungen zur Gutheißung unterbreitet werden sollen. Die Völkerverkonferenz wird sich, wie verlautet, am kommenden Mittwoch wieder versammeln, um laufende Geschäfte zu erledigen und um gegebenenfalls die Aussprache über den Fall des früheren Kronprinzen sowie die Aufgaben der Kommission fortzusetzen, wenn die Antwort der verbündeten Regierungen bis dahin eingetroffen ist.

Aus Stadt und Land.

Allensteig, 14. November 1924.

Einwirkung der Rentenmark auf die Wirtschaft.

Der Reichsfinanzminister hatte die Finanzminister der Länder auf 10. November drahtlich nach Berlin eingeladen, um ihnen in knappen Zügen die Pläne der Reichsregierung wegen der Einführung der Rentenmark bekannt zu geben, die am 15. Nov. erstmals in Verkehr gebracht wird. Für die Wirtschaftsführung des Reichs, der Länder und der Gemeinden bringt diese Tatsache Schwierigkeiten von so ungeheuerlichem Ausmaß, daß sich zurzeit darüber noch kein klares Bild gewinnen läßt. Die Rentenbank wird für die Zeit vom 15. November 1923 bis 1. April 1924 für Reich, Länder und Gemeinden insgesamt einen Uebergangskredit von höchstens 900 Millionen Rentenmark zur Verfügung stellen. Damit müssen Reich, Länder und Gemeinden auskommen; eine Verrechnung dieser Kredite ist unmöglich, da sie die Zerstörung der Rentenmark nach sich ziehen müßte. Für die Länder und Gemeinden bedeutet diese Einschränkung der Reichskredite, daß sie außer den Anteilen an den Ueberweisungssteuern und den Besoldungszuschüssen vom Reich keine nennenswerten weiteren Hilfe zu erwarten haben. Länder und Gemeinden werden deshalb unverzüglich für die Uebergangszeit bis zum 1. April 1924 ihren Haushaltsplan in Gold aufstellen müssen. Es werden damit Einschränkungen von ungeheuerlichem Ausmaß verbunden sein. Gleichzeitig wird das Reich mit den Ländern und Gemeinden unverzüglich in Verhandlungen über eine Neuverteilung der bestehenden Steuerquellen eintreten. Mit dieser Neuverteilung wird auch der Abbau der Besoldungszuschüsse des Reichs eintreten müssen. Der zunächst zur Verfügung stehende Gesamtbetrag von etwa 200 Millionen Rentenmark wird derart geteilt, daß die eine Hälfte an Handel und Industrie auf dem Wege über die örtlichen Reichsbankstellen abgegeben wird und die andere Hälfte ausschließlich für die Gehalte und Löhne an Beamte und Angestellte des Reichs, der Länder und der Gemeinden Verwendung findet. Für die dritte Novemberrunde soll möglichst ein Viertel der Gesamtbesätze der Beamten usw. vorbeständig ausbezahlt werden können. Auf diese Weise soll die Rentenmark auf dem raschesten Wege dem Wirtschaftsleben zugeführt werden.

Ter Wochensumme für die Reichsbeamten für den 13. November beträgt 200 Milliarden.

L.C. Ter Erzeuger-Preis für Milch. Der Erzeugerpreis für einen Liter Frischmilch beträgt für die Zeit vom Mittwoch, 14. Nov., bis Freitag, 16. Nov., einschließlich 22 Milliarden M. frei Sammelstelle.

Erwerbslosenfürsorge. Der am Donnerstag jeder Woche zur Auszahlung gelangende Vorschuss auf die Erwerbslosenunterstützung beträgt in der laufenden Woche das Einfache der Unterstützung für die Vorwoche.

Stuttgart, 13. Nov. (Die Dollarfrage.) Die Erhöhung des Dollars auf 842 Milliarden oder der Goldmark auf 200 Milliarden wirkte sich bereits eine Viertelstunde nach Eintreffen des Kurzes in Berlin aus. In der Markthalle und den meisten Geschäften wurde der Multiplikator alsbald herausgeholt. Die Brotpreise wurden heraufgesetzt: Vorkornbrot 1 kg. 55, Schwarzbrot 100, Weißbrot 125, Brötchen 7 Milliarden und müssen infolge der gestiegenen Mehlpreise weiter erhöht werden. 1 Liter Milch kostet 44 Mia, Magermilch 22; eine beträchtliche Erhöhung der Fleischpreise ist im Gange; die Metzger hatten mittags geschlossen oder kein Fleisch. Das Bier wird nach Goldpreis berechnet: Lagerbier 0,3 R. 14, Spezialbier 18 Goldpfennig. Auch die Brennstoffe gehen mit der Teuerung: je 1 R. Braunkohlenbriketts 2,98, Holz 3,54 Goldmark.

Verstärkter Waffengebrauch. Der Polizeipräsident hat eine Verschärfung der Bestimmungen über den Waffengebrauch erlassen, nachdem der der Kupferschmied Leinbach, der im August einen Polizeiwachmeister erschossen hat, vom Schwurgericht so milde mit 15 Monaten Gefängnis bestraft wurde. Nächtlige Behauptungen sollen künftig nur mit schußbereiter Waffe vorgenommen werden.

Leinzell, O.A. Gmünd, 13. Nov. (Tödlcher Unfall.) Beim Wildern tödlich verunglückt ist Johannes Karas von hier, der mit einem Kopfschuß tot im Walde liegend aufgefunden wurde. Er soll vor Tagesgrauen mit Kugler und Genossen zum Wildern gegangen und beim Treiben erschossen worden sein. Den näheren Sachverhalt wird die Untersuchung ergeben.

Obingen, 13. Nov. (Zeitungssterben.) Das Zeitungssterben hat nach dem Obinger „Volkswillen“ auch den „Abboten“ als Opfer gefordert. Der Herausgeber, A. Widmaier, gibt seinen Lesern u. a. mit folgenden Worten davon Kenntnis: „Nun fällt auch unser „Abbot“ den traurigen Zeitverhältnissen und dem maßlosen Druck, der auf dem Zeitungsgerüst lastet, zum Opfer. Mit Ende dieser Woche, also mit der heutigen Nummer, wird er bis auf Weiteres aufhören zu erscheinen, nachdem er volle 9 Jahrzehnte hindurch in allen Schichten der Bevölkerung, in Stadt und Land, ein gern gesehener täglicher Gast, im Kreise der Familie ein lieber und trauer Freund und Neugierdebringer, und zu allen Zeiten — in guten wie in bösen Tagen — im öffentlichen Leben ein zielbewußter, besonnener Fürsprecher christlich-nationalen Bürgerstums gewesen ist.“

Bruchsal, 13. Nov. (Hinrichtung.) Im Hof des hiesigen Zuchthauses ist am Montag früh der vom Mosbacher Schwurgericht zum Tode verurteilte 23jährige ledige Tagelöhner Georg Friedrich Weiger von Grobinderfeld hingerichtet worden. Weiger hatte am 25. Juni 1922 den 23jährigen Strinhaner Josef Hermann von Oberhalbach, den er auf ein entlegenes Feld bestellt hatte, von hinten überfallen und niedergeschlagen. Die Leiche übernahm der Mördler. Weiger sah laut „Bruchsaler Bzg.“ seinem Tode sehr gefaßt ins Auge und die Hinrichtung verlief ohne jeden bemerkenswerten Zwischenfall.

Das lockende Licht.

Roman von Erich Ebenstein.

(24) (Nachdruck verboten.) Der alte Wöbel spielt immer zufriedener mit seinem biden Myrte. „Rathher ist 's ja gut,“ bemerkt er endlich. „Der Gregor ist fort und kommt nicht mehr in Betracht. Der Martina ihr's ist sichergestellt, und was somit den beiden andern verbleiben würd, ist nicht der Rede wert. In verhandeln hätten wir also nur mit Euch, Frau Höfer.“ er sagt absichtlich nie „Verbäuerrin“, weil ihn die häusliche Abkunft seiner Schwiegertochter stets fatal berührt — „fragt sich nur noch, wie's mit den Schulden steht und was ihr zu tun gebent?“ Die Verbäuerrin schlägt betrübt die Augen nieder. Schulden sind freilich da. Wieviel weiß ich nicht, aber viel werden es schon sein. Da mischt sich plötzlich die Stasi drein. „Reine Meinung ist die, Herr Wöbel, daß der Hof verkauft werden muß, und zwar so gut, daß der Schwesher und den Kindern genug bleibt zum Leben.“ Herr Wöbel blickt betroffen in das runde lächelnde Gesicht der ehemaligen Wirtschaftlerin. „Das wäre freilich für alle Teile die beste Lösung. Aber woher einen so guten Käufer nehmen?“ „Ist gar nit zu denken daran, Stasi,“ sagt die Bäuerin bekümmert, „schön war's wohl, sich so zur Ruhe setzen und von seinen Renten leben zu können. Aber wer würde so viel geben? Nein, anders muß es gemacht werden. Wenn der Hans und die Lois ein Paar fänd, dann — gelt, Lois, du stehst uns schon bei, daß wir die Schulden auszahlen?“ Lois nickt. „Den Läden fäh' ich nebenher. Auf den Hof nehmen wir Meierleute und Hans fährt bloß die Aufsicht,“ erklärte sie. Die Tante lacht.

„Reine liebe Lois, das wird sich nicht halten lassen. Ist viel gecheiter, der Hans hilft dir im Laden und ihr vergrößert das Geschäft. Was den Käufer anbelangt — mein Gott — ihre Stimme sinkt zum leisensten Flüsterwort herab, „Ihr wißt's doch alle, wie das Stist auf den Buchenschlag spilt und die große Futterwiege. Ist nur nötig, daß man den Herren ein bißel zurecht und die eine Halsknecht nicht ohne die andere hergibt. Sollen nur das Hans und den übrigen Grund auch brav zahlen. Auf ein paar Tausender kommt es denen ja nicht an!“

Der alte Wöbel blickt mit wahrer Hochachtung zur Stasi auf. Ein großartiger Gedanke! Das reiche Stist! Er wundert sich, daß ihm das nicht selber einfiel.

Wie er ihr aber noch seine Anerkennung aussprechen kann, schiebt sich in die abseits stehende Gruppe die schlank Gestalt Hansens hinein. Sein hohes Gesicht ist bleich und in den Augen liegt ein drohender Ausdruck.

„Fremde Leut haben in der Sache nichts dreinzureden,“ sagt er scharf. „Ist der Gregor fort, so steh ich da an seiner statt und sag, ich leid's nit, daß der Hof verkauft wird! Es war dem Vater sein Willen, daß ich seinen Fremden drauf kommen laß, und Ihr, Mutter, müßt mir helfen dabei. Mit Gottes Hilfe werden wir's schon zwingen.“

Niemand hat den Burtschen je so entschlossen reden hören. Seine Mutter erschrickt über das Flammende, das ihr aus seinem Blick entgegenblitzt.

„Nub,“ jammert sie, „Jesus Maria, Nub, was ist denn in dich gefahren auf einmal?“

Hans wendet den Blick nicht von ihr. Aber er spricht mehr zu sich selbst, als zu ihr, als er jetzt mit fremder Beerdamsheit fortfährt: „Weil wir Bauern sind, meinun sie, uns ihre fremden Bräuch aufzwingen zu lassen. Aber ich leid's nit! Lang ehvor die Kramer waren, waren die Bauern. Sie sollen 's nur inne werden, daß das Stärkere bei und liegt, bald wir 's nur ernsthaft wollen!“ Sein Blick bestet sich immer fester auf die Mutter.

„Arbeiten will ich Tag und Nacht, aber seib verlang ich auch von Euch, Mutter, daß Ihr jetzt zeigt, was eine rechtschaffen Bäuerin ist. Reine Lieb und keine Achtung könnt ich mehr haben vor Euch, wenn Ihr Euch schämen könntet für das, was dem seligen Vater sein Höchstes war auf der Welt!“

Die Verbäuerrin sinkt förmlich in sich zusammen unter diesen Worten. Ist es ein Rest von Mutterliebe für dieses am wenigsten geliebte Kind, ist 's die Angst, er wänte, in seiner Erregung etwa gar noch etwas andeuten, was ihm vor den städtischen Verwandten peinlich wäre — genug, sie murmelt kleinlaut: „Wirst schon recht haben, Hans. Tun wir's halt probieren.“

Die Wöberrischen blicken einander verdutzt an und die Tante ist ganz blaß vor Ingrimm. Erklären können sie sich des Burtschen Eingreifens alle nur so: übergeschnappt muß er sein!

In diesem Augenblick beginnen am Turm der Süßkirche alle Glocken noch einmal zu läuten. Fast eine Stunde währet das „große Geläut“ zu Ehren des Begrabenen.

Dazwischen kommt der Totengräber, bringt einen „letzten Gruß“ vom Toten, der so friedsam draufgem schlafte, und beginnt mit der Bestattung zu beten.

Während man ihn dann von allen Seiten zutrifft und die Stimmung wieder eine fröhliche wird, macht Daniel Wehler dem „Frußker“ Diesel den Antrag, in der neu zu eröffnenden Wehlerschen Gastliche als Wirtschaftlerin einzutreten.

Seine Augen sprachen noch viel Liebes und Süßes dazu, daß der Mund nicht anzufagen wagte und das bei Diesel doch den Ausschlag gibt.

Sie hat nichts einzuwenden, wenn die Mutter ja sagt. Da ist er beruhigt. Denn die Tante wird dieses „Ja“ schon durchsetzen...

(Fortsetzung folgt.)



Die würt. Sozialdemokratie zur Lage.

Die sozialdemokratische Fraktion des würt. Landtags hat sich nach eingehender Beratung, dem Staatspräsidenten Dr. Dierker in folgender Kundgebung ihre Meinung über die derzeitige politische Lage zur Kenntnis zu bringen: Wenn der Münchener Ausschussverich auch nicht auf Württemberg übergriffen hat, so besteht doch die große Gefahr, die er für den Bestand des Reiches und seiner Rechtsordnung enthält, auch heute noch in unverminderter Maße fort. Die Fraktion ist daher der Auffassung, daß für die Zukunft mit der Taktik des Gewährenlassens rechtsradikaler Nidlungen und des Abfangens bereits ausgebrochener patzischer Unterechnungen im Reich wie in den Ländern gebrochen werden muß. Die Fraktion ist der Auffassung, daß neben den staatlichen Sicherheitsorganen irgendwelche bewaffnete Organisationen, ob sie in der Form von Sturmtruppen, von Jungbauern- oder Schützenvereinigungen oder wie sie immer auftreten, nicht gebildet werden dürfen. Etwas notwendig werdende Bekämpfungen der radikal-republikanischen Fraktion, die nur aus zuverlässigen verfassungstreuen Mitgliedern bestehen darf, sind aus dem Kreis geeigneter republikanischer Staatsbürger zu gewinnen, die Polizei ist von den rechtsradikalen Elementen, die sie in den letzten Wochen in großer Zahl angenommen hat, vollständig zu säubern, jedem Versuch rechtsradikaler Kräfte, in die Polizei einzudringen, ist vorzubeugen. Beamte, die auf den gewaltsamen Sturz der Verfassung abzielenden Organisationen angehören, sind zu entlassen, dem ganzen Beamtenkörper sind die Pflichten, die sich aus dem Dienverhältnis zum republikanischen Staat ergeben, zum Bewußtsein zu bringen. Die Durchführung dieser Maßnahmen ist unumkehrbar geboten, als Bürgerpartei und Bauernbund persönliche Verbindungen mit den unter Leitung des Hochverräters Müller stehenden württembergischen Freigewerksvereinen unterhalten und die Unterstützung dieser Bewegung durch jene Parteien ein öffentliches Geheimnis ist. Die Fraktion hält für notwendig, daß die würt. Regierung auch gegenüber der Reichsregierung klar und entschieden im Sinne dieser Richtlinien Stellung nimmt und von der Reichsregierung ein entschlossenes Vorgehen fordert. In den wirtschaftlichen Fragen erblickt die Fraktion die dringlichsten Aufgaben der würt. Regierung darin, alle Kräfte des Staates einzusetzen, um die Ernte der Verbraucherbevölkerung rasch und unter Bedingungen zugänglich zu machen, die mit den Einkommensverhältnissen der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung erträglich sind. Eine nach diesen Grundgedanken geleitete Landespolitik ist die Fraktion zu unterstützen bereit, jede andere Politik würde sie unterstützen bekämpfen müssen.

Blutiger Zusammenstoß in Schwenningen.

Stuttgart, 13. Nov. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: In Schwenningen hatten Beamte des Landesstriminalpolizeiamts im Anschluß an den vor einiger Zeit gemeldeten Diebstahl eines Maschinengewehrs durch Kommunisten eine Untersuchung über das Bestehen einer unerlaubten Proletarierkampforganisation zu führen und einige kommunistische Führer in Schutzhaft zu nehmen. Da von vornherein mit dem Widerstand eines Teils der radikalsten Arbeiterschaft zu rechnen war, wurde den Kriminalbeamten eine größere Abteilung staatlicher Schutzpolizei beigegeben, die in der Nacht zum Dienstag in Schwenningen eintraf. Am Dienstag vormittag kam es bereits zu einem blutigen Zusammenstoß mit Demonstranten. Polizeibeamte, die eine Festnahme in der Firma Kienzle durchzuführen hatten, wurden von einer mehrhundertköpfigen Menge bedroht, so daß sie Schutzpolizei zur Hilfe rufen mußten. Auch die Schutzpolizei wurde von der vorstehenden Menge zunächst zurückgedrängt. Erst nachdem weitere Verstärkungen herangezogen waren, gelang es, die Massen zurückzutreiben; dabei mußten wiederholt Maschinengewehre in Stellung gebracht und zum Schuß fertig gemacht werden, ehe die Demonstranten zurückwichen. Schließlich geriet eine Postierung von acht Polizeibeamten in starke Bedrängnis. Eine etwa tausendköpfige auf äußerste erregte Menge hatte sich um sie gesammelt. Obwohl die Demonstranten mehrmals durch Hornsignale zum Auseinandergehen aufgefordert und der Gebrauch der Schusswaffe angedroht war, wurden die Polizeibeamten mit Steinen bombardiert. Schließlich gab die Polizei, um sich aus ihrer gefährlichen Lage zu retten, eine Salve ab. Dabei wurde der Arbeiter Johann Hardegger aus Wölsdorf getötet und ein kommunistischer Gemeinderat verwundet. Außerdem sollen noch vier bis fünf weitere Personen verletzt worden sein. Unten den Demonstranten befanden sich in vorderster Reihe auch Frauen, zum Teil mit Kindern, die hinter den Männern an Beschimpfung der Polizei nicht zurückstanden.

Reizvoller Zwischenfall in Schwenningen.

Stuttgart, 13. Nov. Als heute Nachmittag sich die Kriminalbeamten zur Rückfahrt begaben, wurden sie von Leuten erkannt, die vormittags an den Demonstrationen teilgenommen hatten. Es sammelte sich alsbald eine größere Menge an, von welcher die Polizeibeamten hart bedrängt wurden. Einer derselben wurde dabei zu Boden gemorfen. Die Beamten wurden schließlich gezwungen, von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Dabei wurden 4 Personen verletzt. Greibegeleitete Polizei zerstreute die Ansammlungen rasch. Im übrigen ist die Lage unverändert. Nach 8 Uhr abends ist der Verkehr in den Straßen nur mit Passierschein zugelassen.

Auch für einen halben Monat

lann unsere Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ bei den Agenten und Auskäufern unserer Zeitung, sowie bei der Geschäftsstelle unseres Blattes gegen Lieferung von Naturalien bestellt werden.

Buntes Allerlei.

Folgen des Bergarbeiterstreiks. Der letzte mitteldeutsche Bergarbeiterstreik hat zur Folge gehabt, daß etwa 2000 Bergarbeiter von den Gruben nicht wieder eingestellt worden sind. Die Grubenverwaltungen erkennen den Schiedsspruch und die Verbindlichkeitsklärung nicht an.

Feuergefecht in einer Dessauer Kirche. Nachts hat in der Schloß- und Stadtkirche von St. Marien in Dessau ein regelrechtes Feuergefecht zwischen Einbrechern und Polizeibeamten stattgefunden. Ein Polizeibeamter bemerkte in der Kirche einen Lichtstrahl und war mit einigen anderen Polizeibeamten in die Kirche, deren sämtliche Türen erbrochen waren, eingedrungen. Dort wurden die Beamten sofort mit Revolvergeschüssen empfangen, die sie erwiderten. Bei der nun einsetzenden heftigen Schießerei wurden die beiden Einbrecher verwundet und flohen in die Kirchengruft, konnten dort aber von den Polizeibeamten überwältigt und festgenommen werden.

Lebensmittelpänderungen in Breslau. Am Sonntag kam es in Breslau zu größeren Ansammlungen in der Theresienstraße, Reichstraße und Grabhauerstraße, wo einige Bäder- und Fleischläden unter dem Druck der Straße Waren herausgeben mußten. Zwei Bäder- und ein Fleischladen in dieser Gegend wurden teilweise geplündert. Verhärzte Schutzpolizei zerstreute die Ansammlungen und nahm acht Plünderer fest. Die Plünderungen gingen weiter.

Handel und Verkehr.

Kurs. Berliner Zevisenkurse vom Dienstag, 13. Nov.:

1 Dollar: Berlin 837,900 G., 842,100 Br.

(Die Notierungen verstehen sich in Milliarden Mk.)

1 Goldmark nach Berliner Mittelskurs 200 Milliarden (150 Ma.) Papiermark.

1 Goldmark nach Berliner Briefkurs 200,5 Milliarden (150,375 Ma.) Papiermark.

Schweden 147,63 G., 148,37 Br.

Italien 35,91 G., 36-09 Br.

Paris 47,88 G., 48,1 2Br.

Spanien 109,725 G., 110,275 Br.

London 3690,75 G., 3709,25 Br.

Brüssel 39,9 G., 40,1 Br.

Amsterdam 319,2 G., 320,8 Br.

Kristiania 123,69 G., 124,31 Br.

Kopenhagen 143,64 G., 144,36 Br.

Stockholm 221,445 G., 222,555 Br.

D.-Oesterreich 0,01197 G., 0,01203 Br.

Prag 24,339 G., 24,461 Br.

Suenos-Aires 263,34 G., 264,66 Br.

Goldanleihe 840.

Dollarparagangnotierungen gestrichen.

Wirtschaftszahlen vom Dienstag:

Wertbeständiges Geld:
 2,10 Goldmark = 420 Milliarden Papiermark
 1,05 " = 210 " "
 0,42 " = 84 " "
 0,21 " = 42 " "

Umrechnungssatz f. Steuern u. Zölle (14. 11.) 200 Ma.
 Goldfranken (ab 8. Nov.) 1 Franken = 140 Ma.
 Goldankaufspreis 1 Kilo = 640 Dollar.
 Silberankaufspreis (ab 12. Nov.) 150milliardenfach.
 Lebenshaltungszähler (5. Nov.) 98,5 Ma.
 Lebensmittel (Großhandel 5. Nov.) 113,5 Ma.
 Stuttgarter Index (12. Nov.) 153,218 Ma.
 Buchhändlergeschäftszahl (ab 14. Nov.) 215 Ma.
 Buchdruckerleistungszahl (ab 13. Nov.) 10 Ma.
 Zeitungsanzeigenschäftszahl (13. Nov.) 0,25 Ma.

7 Trillionen schwebende Schuld am 31. Okt. Nach dem monatlichen Ausweis der Reichsfinanzverwaltung hat die schwebende Schuld des Reiches in der dritten Oktoberdekade die Trillionengrenze überschritten. Sie liegt von etwa 408 Milliarden am Ende der zweiten Oktoberdekade auf 7 019 640,17 Billionen Mk. am 31. Oktober. Die schwebende Schuld des Reiches hat sich in der dritten Oktoberdekade also auf das Siebzehnfache erhöht, während gleichzeitig der Dollar nur von 40 Milliarden auf 72,5 Milliarden hinaufgesetzt wurde. Es zeigt sich also deutlich, daß der künstliche Druck auf die Devisenkurse und damit auf die Preise dem Reiche Einschränkung seiner Ausgaben gebracht hat. Die Einnahmen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung betragen im Monat September 138,69 Billionen Mk. gegenüber 5,61 Billionen im Vormonat, während gleichzeitig der Dollar im Monatsdurchschnitt von 4,6 auf 98,86 Milliarden Mk. stieg. Die Einnahmen der Reichsbahn betragen 2 512 677 Billionen Mk. im September gegen 50,5 Billionen Mk. im August. Sie liegen also mehr als doppelt so stark wie die Einnahmen der Post. Der Personen- und Gepäckverkehr erbrachte 515,3 Billionen, der Güterverkehr dagegen 1 982,4 Billionen Mk.

Kurs. Berliner Produktnotierungen vom 13. Nov. Weizen, märk. 180-184,5, fest; Roggen, märk. 173 bis 176; Sommergerste, märk. 168-172; Haber, märk. 159-161, in G.M. per 1000 Kg. Weizenmehl 20 bis 31,5; Roggenmehl 28-31; Weizenkleie 8-8,5; Roggenkleie 8-8,5; Bistortaerbsen 43-52; H. Speiseerbsen 33-36; Pelusken 18-20; Seradella 1920 bis 23; Kapuskuchen 13-14; Trockenknittel 7,72-8; Kornmelasse 7; Kartoffelflocken 15,5-16 in G.M.

Des Weinbergsresultat in Baden. Die Zeitschrift „Weinbau und Kellerwirtschaft“ teilt mit, daß man in der Markgrafschaft durchschnittlich nur einen Viertelherbst, seltenweise noch weniger erheilt. Am Kaiserstuhl ist die Ernte sehr gering ausgefallen; in den Hagelgebieten gleicht sie einem vollkommenen Fehlerherbst. Die Ortenau hat seltenweise nur einen Rehnherbst erhalten, zumal in den Rotweingebieten, während Riesling und Kleener besser ausgaben. — Der Ortenauer Winzerverein beschloß in seiner in Durlach abgehaltenen Generalversammlung folgende Mindestpreise für 1923er Weine: 60 G.M. für acinaste Weine.

80 G.M. für mittlere und 100 G.M. für Eleonore-Weine.

Stuttgart, 13. Nov. Dem Schlachtviehmarkt am Donnerstag waren zugeführt: 66 Ochsen, 14 Bullen, 120 Jungbullen, 127 Jungkühe, 229 Kühe, 219 Kälber, 72 Schweine, 112 Schafe und 2 Flegeln, die sämtlich verkauft wurden. Verlauf des Marktes: lebhaft. Erlöse wurden aus 1 Pfund Lebendgewicht, in Goldpfennigen: Ochsen erste Qualität 63-66, zweite 50-60, Bullen erste 60-64, zweite 50-60, Jungkühe erste 63-66, zweite 58-62, dritte 50-58, Kühe erste 52-58, zweite 38-48, dritte 30-35; Kälber erste 70-72, zweite 65-68, dritte 62-64, Schweine erste 108-110, zweite 105-108, dritte 90-100, Hammel (geschl.) 100-110, Schafe 80-90.

Stuttgarter Marktpreise vom 13. Nov. Zahlreiche Verkäufer, die pfiffig wieder Goldpfennig statt Markarden oder bis zu 50 Prozent über die Marktpreise hinausgehende Forderungen stellten, haben einen Strafzettel zu gewärtigen. Die Marktpreise, auf die kein Zuschlag bewilligt war, stellten sich wie folgt: Edeläpfel 25-30 (alles in Milliarden), Tafeläpfel 15-25, Bioäpfel 8-12, Spalierbirnen 25-30, Tafelbirnen 15-25, Quitten 12-27, Tomaten 6-20, für Rasse von abfallender Beschaffenheit wurden 70 Ma. verlangt. Gemüse: Rucola 1,2-1,5, Kohlrabi 8-10, Kohl 6-9, Spinat 8-22, rote Rüben 8-12, gelbe Rüben 4,5-6 das Pfund, Blumenkohl 10-70, Winterkohl 8-8, Rosenkohl 5-20, Salat 8-10, Endivie 3-12, Rettiche 3-8, Sellerie 5-18, Kohlräbe 2-5 das Pfund, Kartoffeln 6 das Pfund.

Verzehrung der Postgebühren.

Am Montag, 12. Nov., trat eine neue sehr starke Erhöhung der Postgebühren in Kraft. Die am 5. November vervielfachten Gebühren wurden um das Zehnfache erhöht. Die Sätze betragen für:

Postkarten im Ortsverkehr 2 Milliarden, im Fernverkehr 5 Ma.

Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gr. 5 Ma., über 20-100 Gr. 6 Ma., über 100-250 Gr. 10 Ma., über 250-500 Gr. 12 Ma.; im Fernverkehr bis 20 Gr. 10 Ma., über 20-100 Gr. 14 Ma., über 100-250 Gr. 16 Ma., über 250-500 Gr. 18 Ma.

Drucksachen bis 25 Gr. 2 Ma., über 25-50 Gr. 4 Ma., über 50-100 Gr. 6 Ma., über 100-250 Gr. 10 Ma., über 250-500 Gr. 12 Ma., über 500 Gr. bis 1 Kg. 15 Ma.

Postanweisungen bis 1 Billion 5 Ma., über 1-3 Billionen 10 Ma., über 3-5 Billionen 15 Ma., über 5-10 Billionen 20 Ma., für je weitere 10 Billionen oder einen Teil davon 20 Ma. mehr.

Zahlarten bis 1 Billion einschließl. 3 Ma., über 1-3 Billionen einschl. 5 Ma., über 3-5 Billionen einschl. 8 Ma., über 5-10 Billionen einschl. 10 Ma., über 10 Billionen (unbeschränkt) für je weitere 10 Billionen oder einen Teil davon 5 Ma. mehr.

Wertbeständige Posttarife ab 1. Dezember. Im Reichspostministerium wird mit allen Kräften an der Einführung wertbeständiger Postgebühren gearbeitet. Zunächst wird der Posttarif, der in seiner jetzigen Form viele Staffeln enthält, grundlegend vereinfacht. So werden besonders die verschiedenen Gewichtsstufen bei den Briefsendungen zusammengefaßt werden, wie das vor dem Eintreten starker Teuerungswellen der Fall war. Es wird also etwa eine Einheitsgebühr für Briefe bis 20 Gramm und eine zweite für solche über 20 Gramm eingeführt werden, während es jetzt für den Orts- und für den Fernverkehr je vier verschiedene Gewichtsstufen gibt. Ähnlich wird man die Gebühren für andere Sendungen, wie etwa für Postanweisungen und Zahlarten, vereinfachen, und es besteht die Absicht, einige Nebengebühren, deren Erhebung zwar begründet ist, aber mehr Kosten verursacht als sie einbringt, ganz fallen zu lassen. Nach Fertigstellung des neuen Tarifs, dessen Einzelheiten noch nicht endgültig festliegen, werden die wertbeständigen Briefmarken, mit deren Druck eben begonnen wird, herausgegeben. Es sollen möglichst wenig verschiedene Markenforten gedruckt werden und sie sollen auf Goldpfennige lauten. Man wird voraussichtlich auf die Friedensstarife zurückgreifen, die Gebühren jedoch etwas erhöhen müssen, da auch sämtliche Unkosten gegenüber den Friedensgoldpreisen um ein Beträchtliches gestiegen sind.

Letzte Nachrichten.

Besprechungen mit den Vertretern der Länder und der besetzten Gebiete.

Berlin, 13. Nov. Dem „Deutschen“ zufolge hat die Besprechung mit Vertretern der Länder und der besetzten Gebiete heute Vormittag 11 Uhr in der Reichskanzlei begonnen. Die Besprechung war notwendig geworden durch die Finanzlage des Reiches und durch die Weigerung der französischen und der belgischen Besatzungsbehörden, das Wirtschaftslieben im besetzten Gebiet wieder in Gang zu setzen. Das Blatt glaubt, daß Beschlüsse sowohl von wirtschaftlicher, als auch von politischer größter Bedeutung gefaßt würden.

Der bayerische Ministerrat zur Lage.

München, 14. Nov. Die „Korrespondenz Hofmann“ meldet amtlich: Der gestrige Ministerrat hat sich mit den Vorgängen der letzten Tage und der gegenwärtigen Lage beschäftigt. Der Putschversuch vom 8. November hätte, wenn es nicht gelungen wäre, ihn niederzuschlagen, das Reich und Bayern ins Unglück gestürzt. Die Staatsregierung beklagt die Opfer dieses Wahnsinns. Die Reichsregierung versetzte am 8. November die vollziehende und alle militärische Gewalt in der Hand des Generals von Seeck. Die besonderen Verhältnisse in Bayern erfordern, daß der bayer. Ausnahmezustand unverändert fortbesteht und die gesamte



vollziehende Gewalt in einer Hand zusammengefaßt bleibt. Die Staatsregierung fordert die gesamte Bevölkerung auf, in der Verweigerung dieser Tage das Staatswohl über alles zu stellen und die Staatsregierung mit dem Generalstaatskommissar in der Festigung der staatlichen Ordnung und in der Rettung des nationalen Gedankens zum Besten unseres deutschen und bayerischen Vaterlandes zu unterstützen.

Geschäft.

WZB. München, 14. Nov. Der bisherige militärische Führer des Badischen Kampfbundes, Oberstleutnant Riedel, ist aus München geschäftet.

Die Sozialdemokratie zum Münchener Putz.

WZB. Berlin, 14. Nov. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nahm gestern zu den aktuellsten politischen Fragen Stellung. Er war, wie der „Vorwärts“ meldet, u. a. der Auffassung, daß in Bayern in jeder Beziehung verfassungsmäßige Zustände geschaffen und insbesondere die Freiheit der Presse wiederhergestellt werden müsse. Von reichswegen sollte ein Strafverfahren gegen Ludendorff und Hilfer wegen Hochverrats gegen das Reich eingeleitet werden.

Die Infanterieschule in München von der Reichsregierung geschlossen.

WZB. München, 14. Nov. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden: Die Infanterieschule in München ist auf Weisung von Berlin vorläufig geschlossen worden.

Eine deutschpöbelische Kundgebung mit Waffengewalt unterdrückt.

WZB. Berlin, 14. Nov. Der „Deutsche Beobachter“ hatte zu gestern Abend eine Versammlung einberufen, in der der Reichstagsabgeordnete Wulle sprechen sollte. Die Polizei hatte das Lokal besetzt und ersuchte die ankommenden deutsch-

völkischen Versammlungsteilnehmer, die Straße frei zu machen. Dieser Aufforderung wurde jedoch keine Folge geleistet, so daß der diensthabende Offizier das Seitengewehr aufpflanzen ließ. Die Demonstranten zogen schließlich auf den Wilhelmplatz in Charlottenburg, wo lange Ansprachen gehalten wurden, die mit Hochrufen auf Ludendorff und Hilfer endeten. Da die Stimmung immer bedenklicher wurde, mußten Polizeiverstärkungen herbeigerufen werden, denen es erst mit aufgeschlossenen Bajonetts gelang, die Menge zu zerstreuen.

Dem besiegten Geliebten.

WZB. Düsseldorf, 14. Nov. Die Erwerbslosen haben gestern unter dem Druck junger Burken, sowie syndikalistischer und kommunistischer Geher in den meisten Zahlstellen die Annahme der Unterstützungslöhe abgelehnt, welche für drei Wochen ausbezahlt werden sollten. Die Leute, die in den Zahlstellen ihre Unterstühtungen holen wollten, wurden gezwungen, sich an einem Demonstrationstzug zu beteiligen. In geheimen Zusammenkünften werden die Erwerbslosen zu neuen Gewalttaten aufgehetzt.

Die Separatisten.

WZB. Limburg/Lahn, 13. Nov. In der vergangenen Nacht ist eine größere separatistische Bande in Limburg eingedrungen, der es heute Vormittag gegen 10 Uhr gelungen ist, das nur von schwachen Kräften der Schulpolizei besetzte Rathaus einzunehmen. Die Franzosen sehen dem Treiben der Separatisten mit Wohlwollen zu.

Plünderungen.

WZB. Berlin, 13. Nov. Auch gestern kam es in den verschiedenen Gegenden der Stadt zu Plünderungen. Insbesondere wurden Wagen mit Lebensmittelüberfällen. Das schnelle Eingreifen der Polizei verhinderte in den meisten Fällen größere Ausschreitungen.

WZB. Mannheim, 13. Nov. Am heutigen Nachmittag wurden abermals verschiedene Lebensmittelgeschäfte in der

Reckar- und Althadi, ebenso auf dem Lindenhof und auch in Riechthal und Reckar von Trupps von Erwerbslosen heimgesucht und die Fahrer zur Freigabe von Lebensmitteln gezwungen. Die Polizei wurde in Kraftwagen und zu Fuß sofort eingeschickt. Zahlreiche Verhaftungen sind bis jetzt erfolgt.

Auflösung des englischen Parlaments.

WZB. London, 14. Nov. Premierminister Baldwin hat die Auflösung des Parlaments für Freitag angekündigt. Die Neuwahlen finden wahrscheinlich am 6. Dezember statt.

Beschluß der Reparationskommission die deutschen Delegierten zu vernehmen.

WZB. Paris, 13. Nov. Die Reparationskommission hat in ihrer heutigen Nachmittagssitzung einstimmig beschlossen, sobald wie möglich die deutschen Delegierten über die Zahlungsfähigkeit des Deutschen Reiches gemäß dem Antrag der deutschen Regierung vom 24. 10. zu vernehmen. Das Datum wurde noch nicht festgesetzt.

Der Kronprinz bei seinem Angehörigen eingetroffen.

WZB. Breslau, 13. Nov. Der ehemalige deutsche Kronprinz ist heute Abend kurz nach 6 Uhr im Automobil auf Schloß Dels eingetroffen.

Amerika winkt ab.

WZB. London, 14. Nov. Reuter meldet aus Washington: Präsident Coolidge ist der Meinung, die traditionelle Politik Amerikas würde die Regierung der Vereinigten Staaten daran hindern, sich den Regierungen des Allierten anzuschließen, wenn sie bei Deutschland gegen die Rückkehr des früheren Kaisers protestieren oder Maßnahmen ergreifen würden, durch welche beratigtes verhindert werden sollte.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kauf.

Umiuche Bekannmachungen.

Die Regierung des Schwarzwaldkreises hat am 9. November 1923 die Wahl des Bauern und Gemeinderats Christian Reppler in Ueberberg zum Ortsvorsteher der Gemeinde Ueberberg bestatigt.

Ragold, den 12. Nov. 1923. Oberamt: Müng.

Die infolge der außerordentlichen Markverschlechterung erfolgte Strompreiserhöhung hat zu zahlreichen Protestversammlungen und zum Teil unerhörten Angriffen gegen den Verband und seine Verwaltung geführt. Auch persönliche Anfeindungen sind keine Seltenheit. Daß auch Verbandsvertreter in dieser Weise mitgewirkt haben, ist eine bedauerliche Tatsache, die sich nur nachteilig für den Verband auswirken kann. Wie liegen eigentlich die Dinge? Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung vom 31. Oktober ds. Js. auf Grund des Dollarstandes vom 26. Oktober ds. Js. die Strompreise auf 8 bzw. 4,5 Milliarden festgesetzt, den folgenden Tag erging das Ausschreiben an die Gemeinden und Bezirksamtsblätter, ist aber durch verspätete Postbestellung erst am 3. ds. Ms. bekanntgeworden. Vom 31. u. Ms. bis Samstag, den 3. ds. Ms. ist jedoch ein solcher Marksturz eingetreten, daß die Verwaltung am Montag früh eiligst den vierfachen Betrag ausschreiben mußte, da mit dem ursprünglichen Strompreis in keiner Weise mehr auszukommen war. Tatsächlich hätte der 7-8fache Betrag festgesetzt werden müssen, die Verwaltung wollte und mußte jedoch auf die wirtschaftliche Lage der Abnehmer Rücksicht nehmen. Da bis heute ein großer Teil der Abnehmer die Bezahlung des erhöhten Strompreises verweigert hat, die Marktentwertung jedoch weitere Fortschritte macht, ist auch das erhöhte Stromgeld beim Eingang völlig entwertet und nur noch zu einem geringen Bruchteil kaufkräftig. Es reicht kaum mehr zu den Zinsen und Gehältern, viel weniger zu den notwendigen Betriebsmaterialien. Jedenfalls ist der Verband in diesem Monat nicht in der Lage, Kohlen zu kaufen, es sei denn, daß er seine letzten Reserven hierzu verwendet. Es ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß z. Bt. genügend Wasser zur Stromerzeugung vorhanden sei; diese Ansicht ist eine irdige, das Werk erzeugt heute nur ein Drittel seines Bedarfs mit Wasser, der übrige Bedarf wird mit Kohlen bzw. Fremdstrom gedeckt. Die reinen Stromerzeugungskosten sind jedoch nicht die Hauptsache. Es wird jedermann wissen, daß der Gemeindeverband Elektrizitätswerk Teinach Station ein wirtschaftlich sehr ungünstiges Gebiet umfaßt. Die kleinen Gemeinden überwiegen ganz bedeutend, größerer Gemeinden sind nur wenig angeschlossen, die Oberamtsstädte fehlen ganz. Dagegen hat der Verband im Verhältnis zu seinem Anschlußwert ungewöhnlich große Räte zu unterhalten, wozu ganz gewaltige Mittel erforderlich sind. Dieser Aufwand steht in einem starken Mißverhältnis zur erzeugten Energiemenge, es ist aber Erfahrungssache, daß je größer der Verbrauch desto günstiger die Rentabilität eines Werkes ist. Jeder Landwirt, jeder Handwerksmann, jeder Kaufmann läßt sich heute seine Ware und Arbeit zum Tageskurs bezahlen, gleichgültig, wann die Lieferung fällig geworden hat. Dieser Standpunkt ist ganz richtig, er mußte also auch folgerichtig bei den Elektrizitätswerken zur Anwendung kommen. Das ist jedoch nicht der Fall, von den Elektrizitätswerken verlangt man Befreiung zu Preisen, die zu ihrem Ruin führen müssen und tatsächlich sind dieselben nicht mehr weit davon entfernt. Wir möchten unsere Abnehmer dringend bitten, unserer Lage und namentlich den bestehenden trostlosen Wirtschaftsverhältnissen etwas mehr Verständnis entgegenzubringen, denn nicht die Werke sind an den heutigen Zuständen schuld, sondern alles Ungemach ist zurückzuführen auf den unerhörten Druck von außen und den verfallenen Vertrag, mit welchem Faktoren eben heute jeder Volksgenosse zu rechnen hat. Zu sagen ist noch, daß hauptsächlich diejenigen Gemeinden, und das sind die Waldgemeinden, am stärksten gegen die erhöhten Strompreise protestieren, die ohne tragfähigere Schultern niemals mit elektrischer Energie hätten versorgt werden können.

Herr Th. Köner jr. scheint sich neuerdings sehr lieblich um die Elektrizitätswerke anzunehmen. In einem Artikel in der Schwäbischen Tageszeitung vom 9. ds. Ms. mit der Ueberschrift „Elektrizitätsschwärmer“ drückt er auf die Elektrizitätswerke und ihre Leiter los, daß es nur so eine Art hat. Wenn wir heute auch eine etwas kräftige Rost gewohnt sind, so geht hier die Sprache des Herrn Köner doch über das Wohlgefallen. Um es vorweg zu sagen: Herr Köner versteht offenbar von der Elektrizitätswirtschaft nicht sehr viel. Wenn er seinen Freunden den Rat gibt, sich die Stromrechnungen stunden zu lassen und vorerst überhaupt nichts zu bezahlen, so kann er nur den völligen Ruin der Elektrizitätswerke wollen, was er ja auch ganz offen zugibt. Dieser Gedanke ist nichts anderes, als Sabotage schlimmster Sorte und eine Verhöhnung am Volksganzen, das nur tief bedauert werden kann. Was mühevoll aufgebaut worden ist, will Herr Köner zerstören, bloß weil es ihm in seinen Recken postet. Wir haben jedoch noch so viel Vertrauen zu dem gesunden Sinn unserer Bevölkerung, daß sie sich die Auffassung des Herrn Köner nicht zu eigen macht, denn in erster Linie hätten die Abnehmer und namentlich die Landwirte den größten Schaden; die Elektrizitätswerke sind nicht Selbstzweck sondern zu Ruh und Frommen der Bevölkerung erbaut und sind im wahrsten Sinne Gemeingut derselben geworden. Ueber die persönliche Note des Artikels können wir hinweggehen und wollen nur sagen, daß die „die eiligen Generaldirektoren“, wie Herr Köner die Werkleiter zu nennen beliebt, heute etwas mehr Verantwortungs- und Pflichtgefühl aufbringen müssen, als er selbst; sie sind bloß Preisbock für Lieferanten, Werkpersonal und Stromkonsumenten. Zum Schluß möchten wir noch bemerken, daß nach unserer Kenntnis sich Herr Köner seine geizigen Produkte sehr wertberählig bezahlen läßt, er möchte, also, wenn er in sich geben würde, sich das Sprichwort zu eigen machen „leben und leben lassen“ und das den Elektrizitätswerken zuzuliegen, was sie unbedingt haben müssen, also für ihre Leistung eine gleichwertige Gegenleistung. Station Teinach, den 12. November 1923. Gemeindeverband Elektrizitätswerk Teinach-Station (G.E.T.)

Altensteig.
Verkauft hat sich seit Donnerstag eine weiße Gans (Baaferich). Am Auskauf ab, deren Verbleib bittet Rath. Restlicher Btw.

Ein reizendes etliches
Mädchen
für Haus- u. Landwirtschaft auf Weihnachten oder Lichtmess gesucht. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Familienkalender
für 1924
sind zu haben in der
W. Rieker'schen
Buchhandlung.

Altensteig.
Für Birne und Wiederverkäufer empfehle ich mein gut sortiertes Lager in
Tabakwaren.
Ab 1. Dezember wird die Zafafsteuer in Goldmark berechnet und wird deshalb eine ganz bedeutende Preiserhöhung eintreten. Ich rate deshalb noch rechtzeitige Eindeckung.
W. Frey, Engosgeschäft.

Verkaufe ein Paar 29-30 Zentner schwere
Däfen.
Laufräder auch gegen ein Paar 20-22 Ztr. schwere Stiere. Wer? — sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Alle Druckarbeiten
für den privaten, geschäftlichen und amtlichen Verkehr liefert in kürzester Zeit und in sauberster Ausführung bei billigen Preisen die
W. Rieker'sche Buchdruckerei
Altensteig.

WHITE STAR LINE
AMERICAN LINE
REGELMÄSSIGER
INTERNATIONAL PASSAGIERDAMPFER VERKEHR
HAMBURG-NEW YORK
HAMBURG-CANADA (HALIFAX) NEW YORK
mittels Doppelschrauben- und Dreischraubendampfer.

„PITTSBURGH“	16 322 t.	Hervorragende Einrichtung der Kajüte und dritten Klasse. Vorzügliche Verpflegung.
„MANCHURIA“	13 639 t.	
„MONGOLIA“	13 639 t.	
„CANOPIC“	12 267 t.	
„MINNEKAHDA“	17 221 t.	

Kostenlose Auskunft und Prospekte durch die Passage-Abteilung der
WHITE STAR LINE **AMERICAN LINE**
Hamburg, Alsterdamm 39
oder deren Vertreter in Altensteig: **Wilhelm Rieker**, Privatmann.